

# Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 M., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 92A.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 199.

Donnerstag, den 26. August 1915.

22. Jahrg.

## Was wird werden?

Von Heinrich Cunow.

Die Frage, was von den verschiedenen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, die heute gewöhnlich unter dem Ausdruck „Kriegssozialismus“ zusammengefaßt werden, nach Friedensschluß bestehen bleiben wird, hat bisher weit mehr die Köpfe bürgerlicher Nationalökonomien und Sozialtheoretiker beschäftigt, als unsere Parteipresse. Diese Zurückhaltung beweist keineswegs, daß unsere Partei sich für eine solche Erörterung nicht interessiert, verdankt doch die heutige kriegswirtschaftliche Verbrauchsregelung wie das gesamte Versorgungs- und Unterstützungswesen unserer Partei und den freien Gewerkschaften die mannigfachen Anregungen und Antriebe; aber zunächst beschäftigen unsere Partei natürlich weit mehr die Streitigkeiten in unsern eigenen Reihen und die dringende Frage, welche staatlichen und kommunalen Einrichtungen sind nötig, um die Lage der Arbeiterschaft in der jetzigen Teuerungszeit einigermaßen erträglich zu gestalten und ihr die durch die politischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte im Staatsleben errungene Stellung zu erhalten. Was die Frage danach, wie sich nach dem Kriegsende das Wirtschaftsgetriebe gestalten wird, noch so wichtig sein, wichtiger ist die soziale Gegenwartsarbeit. Zudem läuft heute noch jeder Versuch, die Lebensdauer und die Fortzeugungskraft der durch die Kriegsnot geschaffenen kriegswirtschaftlichen Neueinrichtungen ermitteln zu wollen, auf eine bloße Wahrscheinlichkeitsrechnung hinaus. Denn wir wissen nicht, welche Veränderungen die kommenden Kriegsmomente noch in unserm Wirtschaftsleben hervorrufen werden, welche Lasten und Kraftreserven der Krieg uns hinterlassen und welche neuen Lebensmöglichkeiten er uns eröffnen wird — und doch werden diese Faktoren von bestimmendem Einfluß auf die neue Wirtschaftsperiode nach dem Kriege sein.

Tatsächlich kommen denn auch die bürgerlichen Sozialwissenschaftler, die den heute noch die nächste Wirtschaftszukunft verhüllenden Schleier lüften möchten, über einige allgemeine Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen nicht hinaus. Dennoch sind keineswegs alle derartigen Versuche ohne weiteres unnütz, denn, ist es auch noch verfrüht, schon heute feststellen zu wollen, wie nach dem Kriege sich das Wirtschaftsleben im einzelnen gestalten wird, so lassen sich doch immerhin ziemlich deutliche Richtungslinien der Bewegung erkennen.

Charakteristisch für so manche Aenderung, die bisher schon der Krieg in den Anschauungen der bürgerlichen Gelehrtenwelt hervorgebracht hat, ist die Tatsache, daß selbst jene Sozialwissenschaftler, die der Meinung sind, nach dem Kriege werde die heutige „Tendenz zum Staatssozialismus“ schnell verfallen und das Prinzip der Wirtschaftsfreiheit wieder als allein richtig anerkannt werden, doch eine gewisse Fortentwicklung der heutigen sogenannten kriegswirtschaftlichen Organisation auf die neue Wirtschaftsära annehmen. Wie weit sich diese Wirkung erstrecken wird, darüber bestehen freilich große Meinungsverschiedenheiten. Sind die einen der Ansicht, daß der Staat in seiner Fürsorge für die zukünftige Kriegsbereitschaft sich darauf beschränken werde, die Reihe der Staatsbetriebe (besonders Militärbetriebe) zu vermehren und sich über die Industriezweige, die für die Erhaltung des Wirtschaftslebens während der Kriegszeit besonders in Betracht kommen, eine gewisse Kontrolle zu sichern, so erwarten andere, wie z. B. Hermann Levy und Franz Oppenheimer, eine Art „Vorratswirtschaft“, die schon im Frieden dafür sorgt, daß zu Kriegsbeginn nicht nur ein gewisser Vorrat von Munition, sondern auch von den notwendigen Rohstoffen, Lebensmitteln und technischen Betriebsmitteln zur ungehörten Fortführung des Produktionsprozesses vorhanden ist. Eine dritte Gruppe von Professoren, darunter vornehmlich Edgar Jaffe und Karl Ballod, rechnen sogar mit einer Art staatssozialistischer Organisation der wichtigsten Produktionszweige, einer sogenannten „Militarisierung des Wirtschaftslebens“.

Ballod meint in seinem Artikel „Einiges aus der Utopienliteratur der letzten Jahre“ (erstes Heft des sechsten Jahrgangs des von Professor Grünberg herausgegebenen „Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“), daß durch den jetzigen Krieg der Glaube in die Herrlichkeit der freien Konkurrenz zerstört sei und auch die Regierung zur Erkenntnis kommen werde, eine organisatorische Zusammenfassung der Kräfte bringe größere Wirkungen hervor, als die wirtschaftliche Zersplitterung vor dem Kriege. Die Folge werde sein, daß der Staat nach und nach eine „Reihe von Wirtschaftszweigen“ in eigenen Betrieb nehmen werde. Und Edgar Jaffe faßt im ersten Kriegsheft (Dezember 1914) seines „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ seine Ansicht in die Worte zusammen: „Eines aber ist gewiß, nach diesem Kriege, im kommenden Frieden, wird unser Wirtschaftssystem nicht mehr das gleiche sein, wie vorher. Ob wir wollen oder nicht, der Krieg wird auch hier einen ungeheuren Ruf nach vorwärts bedeuten, und dieser Fortschritt kann kein anderer sein als der auf dem Wege zur Gemeinschaft. Was heute

unter dem Druck der militärischen Notwendigkeit geschieht, wird und kann mit dieser nicht wieder verschwinden; wahrscheinlich sind die Kriegsmassregeln nur der Auftakt zu prinzipiellen Neugealtungen, deren Umfang noch nicht abzusehen ist.“

Ob die Folgerungen Ballods und Jaffés in allen Teilen zwingend sind, kann hier außer Betracht bleiben; daß aber in jedem Fall ihre Ansicht, nach dem Kriege werde sich viel mehr als je bisher die Forderung einer auf die militärische Kriegsbereitschaft gerichteten staatssozialistischen Organisation in unserm Wirtschaftsleben durchsetzen eine weit größere Wahrscheinlichkeit besitzt als die entgegengesetzte Meinung, die wirtschaftliche Entwicklung werde im alten Geleise jorktrotzen, darüber kann meines Erachtens bei niemanden, der die wirtschaftlichen Umwälzungen während des ersten Kriegsjahres verfolgt hat, ein Zweifel bestehen. Die Frage: „Was wird von den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen bleiben?“ ist freilich in dieser Form unrichtig. Die meisten der jetzigen Kriegsmassregeln sind Gelegenheits-, man kann in gewissem Sinne sagen Verlegenheitsmaßnahmen, entstanden aus der Kriegsnot und bestimmt, gewissen Mängeln abzuhelfen, die sich während des Krieges aus dem zersplitterten kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb ergeben haben. Sie stellen sich daher als Organisationsimprovisationen dar, die größtenteils für die Friedenszeit gar nicht passen. Die Frage muß vielmehr lauten: „Hat sich die Erzeugung und Verteilung der Güter nach dem Prinzip der freien Konkurrenz während der Kriegszeit als den Bedürfnissen der Landesverteidigung und Volksernährung angepaßt erwiesen, oder müssen notwendig im Interesse der Landesverteidigung, des Staats- und Volkslebens Organisationsänderungen in sozialistischer Richtung vorgenommen werden?“

Die Antwort auf diese Frage kann nicht zweifelhaft sein. Bestimmte Kreise der Industriellen mögen sich im Eigeninteresse gegen die Erkenntnis sträuben, daß der freie Wettbewerb versagt hat; den breiten Volksmassen sowie einem großen Teile der Gelehrtenschaft, der Verwaltungsbürokratie und vor allem der Militärverwaltung dürfte denn aber doch der Krieg die Erläuterung gebracht haben, vieles in unserem kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe bedürfe einer Umänderung!

Ganz abgesehen von allen Kriegserfahrungen kann schon deshalb die wirtschaftliche Entwicklung nicht dort wieder einkehren, wo sie vor dem Kriege stand, weil die kapitalistische Wirtschaft wesentlich anders aus dem Kriege herauskommt, als sie hineingegangen ist, und ganz andere Lebensbedingungen vorfindet. Vornehmlich wird schon bald nach Beendigung des Krieges die Bankfinanz eine weit größere Rolle spielen. Reich und Bundesstaaten, Kreise und Gemeinden, sie alle werden nach Anleihen schreien, um ihre während des Krieges aufgelaufenen Geldbedürfnisse zu befriedigen. Und nicht geringere Anforderungen werden Industrie und Handel stellen; denn die Rohstoffvorräte sind aufgearbeitet, die alte Lagerware ist abgestoßen, die Maschinerie ist zum großen Teil verschliffen. Die Bankfinanz erlangt aller Voraussicht nach im Wirtschaftsgetriebe eine ganz andere Bedeutung, als sie bisher gehabt hat, und mit ihrer Macht wächst die Abhängigkeit der Großindustrie und des Großhandels von ihr.

Ferner ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß, um die verbrauchten Kriegsmaterialien zu ergänzen und in ihrer Erzeugung von der Privatindustrie unabhängiger zu sein, die Heeresverwaltung auf Einrichtung neuer Militärbetriebe drängen wird, denen sich, da die enorme Kriegserfordernisse in keinem Fall allein durch neue Steuern gedeckt werden kann, voraussichtlich die staatliche Monopolisierung einer Reihe Industriezweige anreihen wird.

Und ferner wird man kaum wie bisher die Versorgung der deutschen Industrie mit unentbehrlichen Rohstoffen dem Belieben des Einfuhrhandels überlassen. Der Staat wird auch dort regelnd eingreifen müssen, indem er das Halten gewisser Vorratsmengen anordnet, durch gesetzgeberische Maßnahmen und Subventionen den Anbau bestimmter Rohstoffe fördert, die Verwendung einzelner Materialien (z. B. des Kupfers) zur Herstellung von gewissen Waren beschränkt oder verbietet, und andererseits die Förderung oder den Export bestimmter Erzeugnisse, wie der Steinkohle, des Eisenerzes oder des Roheisens, unter staatliche Kontrolle stellt. Maßnahmen, die schon heute in Anbetracht der Syndizierung dieser Industriezweige leicht durchzuführen sind.

Selbstverständlich können und werden diese Maßnahmen nicht über Nacht eingeführt werden; doch die Richtung der Entwicklung geht unzweifelhaft nicht auf eine Wiederherstellung der sogenannten Wirtschaftsfreiheit, sondern auf eine Unterordnung dieser Freiheit unter die staatlichen Lebens- und Machtbedingungen — auf die staatliche Organisierung und Kontrolle des Wirtschaftsgetriebes. Wie diese Maßnahmen durchgeführt werden und inwieweit das Interesse der Arbeit-

erschaft dabei Berücksichtigung findet, wird hauptsächlich davon abhängen, welchen politischen Einfluß die sozialdemokratische Partei auf die Staatsgewalt besitzt. Je mehr die kapitalistische Wirtschaft unter staatliche Aufsicht gelangt, desto mehr muß die Sozialdemokratie versuchen, politische Macht zu gewinnen.

### Parlamentarisches Allerlei.

Die Reichstagsitzung am Mittwoch brachte zunächst die Erörterungen über die Ernährungsfrage zu Ende, ohne sich dabei noch sonderlich aufzuregen. Herr Dr. Fegter von der Fortschrittlichen Volkspartei suchte die Gegensätze zwischen Produzenten und Konsumenten auf der berühmten mittleren Linie zu lösen, während die Agrarier noch einen Verteidiger aus der früheren wirtschaftlichen Vereinigung vorschickten, die sich jetzt deutsch-völkische Partei nennt. Immerhin wurde noch einmal die tatsächliche Notlage vieler kleiner Handwerker und Gewerbetreibenden unterstrichen und Abhilfe gegen den Wertschaden gefordert, der unsere besten Ernte- und Gemüsefelder bedroht. Dann kam es zur Abstimmung über die Resolutionen. Diese Abstimmung war natürlich schon in der Kommission entschieden und endete mit der Annahme der Kommissionsanträge; jedoch fand der sozialdemokratische Antrag auf Erweiterung der Befugnisse der Zentralstelle unter Ergänzung von Reichstagsmitgliedern im Reichstag Annahme. Leider wird er von der Regierung nicht durchgeführt werden. Der Schutz selbständiger Handwerker gegen Kriegsschäden und im besonderen gegen das Erdrücken durch Schulden, die sie während des Krieges machen mußten, wurde durch eine angenommene Resolution einmütig festgelegt. Auch die Fortführung des Güterverfahrens in Rechtsstreitigkeiten wurde durch eine Resolution gefordert, die von Seiten der Regierung berücksichtigt werden wird. Hierbei blieb eine Erklärung des Staatssekretärs des Reichsjustizamts bemerkenswert, der sich durchaus auf den in der Presse wiederholt vertretenen sozialdemokratischen Standpunkt stellte, daß Landarbeiterfamilien, deren Ernährer im Felde stehen, selbst dann nicht ermittelt werden dürfen, wenn ihr Vertrag mit dem Gutsherrn, der die Wohnung einschließt, abgelaufen ist. Darauf wurden Anträge der Budgetkommission über die Erhöhung der Kalipreise und über die Verminderung der Kaliabgabe beraten. Unser Genosse Schafsewies mit großer Sachkenntnis auf die zweifelhafte Lage in der Kaliindustrie hin, eine schwierige Lage, die vor allem auch die Arbeiter in der Kaliindustrie trifft. Der angenommene Antrag bedeutet für die Kalibesitzer eine doppelte Begünstigung, sie verringern ihre Ausgaben und erhöhen zugleich ihre Einnahmen. Es wird Sorge der Regierung sein müssen, daß sie darauf achtet, daß durch die erhöhten Kalipreise nicht auch noch weiter die Landwirte die Produkte der Erde steigern, die sie mit Kali düngen. Der zweite Antrag der Budgetkommission betraf die Bundesratsverordnung über die mögliche zwangsweise Organisation der Kohlenbergwerksbetriebe. Der Reichstag sorgte durch seinen Antrag dafür, daß er bei der endgültigen Regelung dieser volkswirtschaftlich und politisch gleich wichtigen Frage nicht ausgeschlossen wird und daß, was besonders erfreulich ist, auch die Bergarbeiter später hinzugezogen werden müssen, wenn die Neuorganisation eines Zwangskohlenyndikats zur Wirklichkeit werden sollte. Den Schluß der Sitzung füllte eine sehr interessante Diskussion über die Kriegsbesoldungsordnung aus. Nach Ansicht maßgebender militärischer Stellen, der sich auch bürgerliche Parteien angeschlossen haben, unterliegen die Besoldungen während des Krieges der Kommandogewalt des Kaisers. Hiergegen hat die Budgetkommission mit Recht Protest erhoben und eine durchgreifende gesetzliche Regelung durch Bundesrat und Reichstag verlangt. Genosse Stücken begründete diese Forderung mit großer Lebhaftigkeit und mit einem Material, gegen das in der Tat keine Einwendungen möglich waren. Andererseits gab auch er unter vollkommener Würdigung der großen und nicht mit Geld ausgleichenden Leistungen unserer Truppen und ihrer Führer im Felde offen zu, daß diejenigen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, nicht durch irgendwelche Knäuserien in Besoldung und Gehalt getroffen werden dürften. Die Opposition gegen die gegenwärtigen Unklarheiten der Besoldungsordnung richtete sich eben gegen ungerechte Begünstigungen und Vorbeile von Leuten, die überhaupt nicht in der Front stehen und ebenso wenig Leben und Gesundheit riskieren. Das Kriegsministerium erkennt selbst diese Mißstände an und will ihnen vorläufig auf dem Verwaltungswege zu Leibe gehen. Am Donnerstag werden die letzten Resolutionen der Kommission zur Beratung kommen und ein Antrag auf Abänderung des Belagerungszustandsgesetzes. Hierbei dürfte es wieder lebhafter im Hause zugehen.

# Von den Kriegsschauplätzen.

Im Kampfe um Brest-Litowsk ist ein weiterer erheblicher Fortschritt zu verzeichnen. Auf der Südwestfront der Festung wurde die hartnäckig verteidigte russische Vorstellung durchbrochen. Die Russen wurden an den Fortsgürtel zurückgeworfen.

Die gegenwärtige militärische Lage trägt dazu bei, daß die russischen Stellungen in Ostgalizien auf die Dauer unhaltbar werden. Deshalb wird wohl eine Zeitungsmeldung zutreffen, daß die Städte Tarnopol und Brodno (Gouvernement Tarnopol) von der russischen Zivilverwaltung geräumt werden, nicht unter dem Druck des feindlichen Vormarsches auf Brest-Litowsk, sondern weil im gegebenen Augenblick es im höchsten Grade unklug wäre, ein Gebiet zu halten, das keinen strategischen Wert besitzt, dafür aber eine große Menge Truppen zur Besetzung erfordert, die an geeigneter Stelle ungleich wichtigere Aufgaben lösen können. Wenn es auch schon möglich sei, gerade dieses Gebiet wieder dem Feind zu überlassen, so müßte sich doch das russische Volk jeder Sentimentalität enthalten, denn der Augenblick erfordert Entschlossenheit und Weitsicht. Das „Gouvernement Tarnopol“ befindet sich mit seinen 15 Bezirken seit einem Jahr in der Verwaltung der Russen. Nun hat der gesamte Verwaltungskörper den Befehl erhalten, das Gouvernement zu räumen, vorher aber Feldfrüchte, Maschinen, Metalle, Vieh usw. mitzuführen und für die Weiterbeförderung nach dem Innern Rußlands Sorge zu tragen, oder wenn dieses nicht mehr möglich, zu vernichten. Aus Tarnopol wurden in den letzten Tagen zahlreiche Polen, Juden und auch Rumänen als der „Spionage verdächtig“ nach dem Innern des Reiches abgeschoben.

Der günstige Fortgang der weiteren deutschen Operationen im Osten läßt bei den Verbündeten natürlich alles andere als Freude aus. Während die Presse der kriegführenden Länder bisher mit einigen Ausnahmen den russischen faulen Ausreden von dem von vornherein beabsichtigten Rückzug angeblich Glauben schenkte, dämmert jetzt auch bei ihr allmählich die Erkenntnis auf, daß die russischen Streitkräfte in den letzten Wochen und Monaten Niederlagen auf Niederlagen erlitten. So schreibt die Pariser „Humanité“: „Mehr als jemals ist für unsere Regierung und unser Volk jetzt der Augenblick gekommen den Ereignissen, die sich in Rußland abspielen, mit Ja ja entgegenzugehen und furchtlos und kalt die Folgen ins Auge zu fassen, die sie für unsere eigene Lage nach sich ziehen können. Wir anderen haben jetzt mehr als je die Pflicht, dem Arbeitervolk und den Sozialisten, ja dem gesamten Volk die ganze Wahrheit zu sagen, die man bis jetzt uns nur erlaubt hat, in Fehden zu zeigen. Die Wahrheit aber ist, daß es außer allem Zweifel steht, daß infolge der Unterlegenheit der Ausrüstung und auch infolge numerischer Unterlegenheit die russischen Verbündeten nicht mehr dem Strom des anstürmenden Feindes widerstehen können, der sie vorwärts drängt und ohne Unterbrechung seit einhalb Monaten verfolgt, mit der hartnäckigen Absicht, sie zu zerbrechen, in Stücke zu teilen und auf lange Zeit hinaus zur Ohnmacht zu zwingen. Diese Absicht hat zur Stunde ihr Maximum bezüglich der Ausführung erreicht. Herren des oberen Njemen mit Kowno im Besitz, durch das sie auf direktem Eisenbahnweg mit Königsberg in Verbindung stehen, bleiben ihnen nur noch die beiden Festungen Ostia und Grodno, um die vollständige Herrschaft über die ganze Linie des großen Stromes zu haben.“

Auch der französische Oberstleutnant Roussel sieht, wie das „Berl. Tagebl.“ von seinem Korrespondenten erzählt, nach dem Fall der Festungen Kowno und Kowo-Georgiewsk die Lage der Russen als sehr bedächtig an. Was ihn außer den Vorgängen in Polen, wo er noch eine große Schlacht erwartet, vor allem beunruhigt, das ist die „obskure“ Lage (obskur infolge der russischen Generalstabsberichte) im äußersten Norden. Die bisherigen Vorgänge seien das Vorbild für ganz bedeutende Ereignisse, deren Ausgang man in Frankreich mit Bestimmtheit erwarte.

Auch „Kappel“ und „Guerre Sociale“ äußern sich äußerst pessimistisch über die Lage der russischen Armeen. „Kappel“ schreibt: „Niemand habe Rußland vor einer solchen Gefahr gestanden. Die russischen Armeen drohten in zwei Teile zerrissen zu werden. Rußland laufe Gefahr, für lange Monate keine Rolle mehr im Kriege zu spielen.“ „Guerre Sociale“ meint: Die Deutschen seien im Begriffe, einen blutigartigen Vormarsch gegen Minsk auszuführen. Die Eisenbahn nach Wilna und Petersburg sei schon so gut wie abgeschnitten. Wehe, wenn die beiden anderen Linien abgeschnitten werden, ruft das Blatt aus, denn dies wäre die größte militärische Katastrophe in der Weltgeschichte.

Selbst der sonst optimistische „Figaro“ gibt zu, daß es herzbelebende Stunden seien, die man jetzt durchlebe.

Im Senatskomitee der Duma ist es zu härmlichen Austritten gekommen. Der Führer der Rechten, Martow, erklärte der liberalen Opposition angesetzt: „Wir werden Ihnen Rußland nicht ausliefern, sondern bis zum äußersten kämpfen und den Burgfrieden nicht einhalten, wenn Sie Reformen im Innern einführen wollen.“ Dieses Sträuben gegen zeitgemäße Reformen wird der russischen Rechten nichts nützen. Die Situation erfordert gebieterisch eine Aenderung in der bisherigen Politik Rußlands — wenigstens für die Dauer des Krieges. Das ist auch dem Duma-Präsidenten klar, der in einer Versammlung der Führer der politischen Parteien die Möglichkeit einer

Aenderung in der Zusammenlegung der Regierung erörterte.

Nunmehr wird über Bukarest etwas über die Haltung der serbischen Skupstschina zur Frage der Abtretung eines Teiles von Mazedonien bekannt. Nach dieser Meldung sprach die Skupstschina der Regierung mit 103 gegen 22 Stimmen ihr Vertrauen aus und ließ ihr in der mazedonischen Frage freie Hand. 30 Abgeordnete schloßen bei der Abstimmung. — Gleichzeitig aber schreibt das serbische Regierungsorgan „Samostrawa“, daß die mazedonische Frage nur durch Krieg und nicht durch Noten geregelt werden könne. Jegliche Schlusfolgerungen lassen sich also aus dem Beschluß der Skupstschina nicht ziehen.

Die Versenkung der „Arabic“ hat in Amerika große Aufregung hervorgerufen. Die englische Presse weiß sogar schon von Meldungen aus Washington zu berichten, daß dem deutschen Botschafter Graf Bernstorff die Waise zugestellt, der Botschafter Gerard aus Berlin zurückberufen und der Kongreß zur Erwägung der Mobilisierung von Heer und Flotte einberufen werden wird, falls die deutsche Regierung nicht Veranlassung nimmt, die Torpedierung der „Arabic“ als Unrecht erfolgt zu erklären.

Gegenüber den zweifellos jenseits des großen Wassers betriebenen Hezereien gegen Deutschland hat der deutsche Botschafter an das amerikanische Staatsparlament folgendes Telegramm gesandt: „Ueber die Versenkung der „Arabic“ traf noch keine offizielle Mitteilung ein. Die Kaiserliche Regierung vertraut, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf Grund der Berichte, die nur von einer Seite einlangten und nach der Meinung der Kaiserlichen Regierung nicht mit den Tatsachen übereinstimmen können, noch keinen definitiven Standpunkt einnehmen wird, sondern, daß auch Deutschland Gelegenheit gegeben wird, gehört zu werden. Obwohl die Kaiserliche Regierung den guten Glauben der Zeugen, deren Erklärungen durch die europäische Presse mitgeteilt wurden, nicht bezweifelt, muß man im Auge behalten, daß die Erklärungen unter dem Einfluß der Aufregung abgegeben wurden, worin man leicht einen falschen Eindruck bekommen kann. Sollten wirklich Amerikaner ihr Leben verloren haben, wäre das natürlich im Widerstreite mit dem, was wir bezweckten. Die Kaiserliche Regierung würde dies außerordentlich bedauern und drückt Amerika ihre warme Sympathie aus.“

Man muß erwarten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit ihrem Urteil wartet, bis der genaue Sachverhalt bekannt ist.

## Die Kriegslage.

Wien, 23. August. Amtlich wird berichtet:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Die Truppen des Erzherzogs Josef Ferdinand und Generals v. Kövcs drängen im Verein mit den Verbündeten den Feind unter unausgesetzten Kämpfen gegen die Vesna zurück. Auch der Widerstand der noch südwestlich von Brest-Litowsk kämpfenden Russen ist gebrochen. Sie wurden durch die Divisionen des Generals von Arz und durch deutsche Truppen an den Fortsgürtel geworfen. Nordöstlich von Wlodawa treiben deutsche Kräfte den Feind immer tiefer in die Wald- und Sumpfszone hinein. Die Reiterei des Feldzeugmeisters von Puhallo geht heiderseits der von Romel nach Koblitz führenden Straße vor. Souwed-Suzaren erkümmten ein verhängtes Dorf an der Bahnlinie Romel-Brest-Litowsk. Zwischen Madimir-Rolynskij und der beharabilischen Grenze herrscht Ruhe.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Abschnitt der Hochfläche von Doberdo wurde gestern die feindliche Infanterie, die sich am Südhang des Monte dei Sei Busi eingekesselt hatte, durch unser Geschütze zum eiligen Verlassen ihrer Stellungen gezwungen. Unsere Front südwestlich San Martin stand wieder unter dem Feuer schwerer Artillerie. Mittags setzten die Italiener hier zu einem neuen Angriff an, der gleich dem vorgehenden Vorstoß nahe an unseren Verteidigungslinien abgewiesen wurde. Vor dem Görzer und Tolmeiner Brückenkopf, sowie im Kragebiet herrscht verhältnismäßig Ruhe; dagegen hält die lebhafteste Tätigkeit des Feindes vor Fritsch und Katol an. Im Tiroler Grenzgebiet entwickelten sich mehrfach Kämpfe. Gestern ist abends begann die feindliche Infanterie gegen den nördlichen Abschnitt der Hochfläche von Bararone vorzugehen, heute früh war dieser Angriff abgeschlagen. Heiderseits der Lonalestraße greifen seit Morgengrauen mehrere italienische Bataillone an, hier ist der Kampf noch im Gange. Die Artilleriegefechte dauern nahezu an der ganzen Tiroler Grenze fort.

## Gegen Frankreich und Belgien.

### Der Angriff der englischen Flotte auf Zeebrügge.

Zeebrügge, 24. August. Am Montag, 23. August, morgens 6 Uhr 55 Minuten, erschien vor Zeebrügge bei trübem Wetter eine feindliche Flotte, bestehend aus einigen großen Schiffen und einer größeren Menge von Zerstörern, Monitoren und anderen Hilfschiffen. Die Flotte blieb vorläufig in einer Entfernung von ungefähr 18 Kilometer liegen. Bis 9 1/2 Uhr lösten die großen Einheiten zirka 70 Schüsse in größeren Abständen. Ihr Ziel waren die Hafenanlagen, besonders die Mole und die Schleusen von Zeebrügge. Die von ihnen verwendeten Geschosse waren Sprenggranaten schwerer Kalibers. Unsere Küstenbatterien erwiderten das Feuer kräftig und gegen 10 Uhr dampfte die feindliche Flotte nordwestlich ab. Die Beschießung, deren demonstrativer Hauptzweck augenscheinlich der war, den unzufriedenen Franzosen Englands guten Willen zu zeigen, blieb, wie ich mich sofort an Ort und Stelle überzeugte, ohne jeden Erfolg. Keine Batterie, weder die Mole, noch die Schleuse, noch irgend ein militärisch in Frage kommendes Objekt ist getroffen worden. Ein Soldat wurde auf offener Straße getötet, sechs wurden verwundet. Auch vor den Belgiern, die bei Beginn der Beschießung in die deutschen Unterstände zu flüchten suchten, ist eine Reihe schwer verletzt worden. Verschiedene belgische Privathäuser des Dorfes Zeebrügge sind niedergelegt, sonst zeigen lediglich die ungeheuren Geschosstrichter in den umliegenden Feldern von der nutzlosen Demonstration. Dr. Adolf Köber, Kriegsberichterstatter.

## Gegen Rußland.

### Zerstörte Munitionsfabriken.

Ueber Kopenhagen wird berichtet: Das Versagen heimischer Hilfsquellen für die Munitionsherstellung im russischen Reich wird auf die Zerstörung einer Reihe von russischen Fabriken unmittelbar vor und nach Ausbruch des Krieges zurückgeführt. Wie das „Wallstreet Journal“ wissen will, sollen 48 Stunden vor und kurz nach Beginn der Feindseligkeiten zahlreiche große industrielle Anlagen, die für die Herstellung von Kriegsmaterial in Betracht kamen, das Opfer von Feuerbrünsten und Dynamitattentaten geworden sein.

### Die russische Munitionserzeugung.

Das neue Munitionsgesetz ist in letzter Lesung von der Duma angenommen worden. Das Haus beschloß eine Eingabe an den heiligen Synod, um die Abschaffung der Festtage befürworten, durch welche die Arbeiter an der Munitionsherstellung ungemein behindert würden. Die Gouverneure einzelner Regierungsbezirke wurden aufgefordert, die Erlaubnis zu erteilen, Tag und Nacht arbeiten zu lassen, um der Munitionskrisis zu steuern.

## Gegen England.

### Einführung der Registrierung in Neuseeland.

Der Ministerpräsident von Neuseeland behandelte eine Gesetzesvorlage, der die Registrierung der Männer zwischen 15 und 60 Jahren vorsieht. In den Einreichungswarten muß an die Männer zwischen 15 und 45 Jahren die Frage gestellt werden, ob sie freiwillig Dienst beim Expeditionsheer nehmen oder auf andere Weise ihre Fähigkeiten in den Dienst der Regierung stellen wollen, und, wenn nicht, welchen Grund sie für ihre Weigerung haben.

## Gegen Serbien und Montenegro.

### Von der serbisch-montenegrinischen Grenze.

wird aus dem österreichischen Kriegspresse-Quartier gemeldet. An der Südostfront ist ständiges Gepölk und zahlreiche mögliche Artilleriefeuer zu verzeichnen. In der Nähe von Semlin wurde ein österreichisch-ungarisches Patrouillenboot durch serbische Batterien lebhaft, aber ohne Erfolg beschossen. Feindliche Stieger werden oft über dem Banat sichtbar, wobei sie auch den Kurs über rumänisches Gebiet nehmen. An der montenegrinischen Grenze versuchten kleinere feindliche Abteilungen bei Bileca sowie östlich von Trebinje Vorstöße, um unsere Feldmägen zu überfallen, die Telephone zu zerstören und die Ernte zu vernichten. Alle diese Vorstöße wurden mit Verlusten des Feindes abgewiesen.

## Der Seekrieg.

### Durch Unterseeboote versenkt.

wurden die Fischdampfer „Young Frank“ und „Integrith“, ferner der englische Dampfer „Sylvia“. Die Mannschaften wurden gerettet. — Über die Torpedierung des englischen Dampfers „Diomed“ wird noch mitgeteilt, daß der Kapitän, während er auf der Kommandobrücke stand, von Granatfeuer getötet wurde, ebenso drei Mann von der Besatzung. Drei Engländer und fünf Chinesen ertranken. Die übrigen 42 Mann der Besatzung sind in Queenstown angekommen.

### Türkische Dampfer torpediert.

Reuter meldet aus Sofia: Ein englisches Unterseeboot hat im Marmarameer den türkischen Dampfer „Tenedos“, ein Schiff der Deutschen Levante-Linie, das Munition und Nachschubmittel an Bord hatte, versenkt. Ferner wurde der türkische Kohlendampfer „Sipahan“ in den Grund gebohrt.

### Die Kriegsmaterial-Ladung der „Arabic“.

Die Deutsch-amerikanische Handelskammer in New York macht Zeitungsmitteilungen zufolge, in ihrem letzten (vom 1. August datierten) Bericht einige Angaben über die Ladung der „Arabic“, die im Hinblick auf die inzwischen auf der Fahrt nach New York erfolgte Torpedierung des Schiffes und die „Ausregung“ darüber in Amerika besonderes Interesse haben dürften. Der Teil des Berichts lautet:

„In dem Manifest des am 29. Juli aus den neutralen Vereinigten Staaten nach Liverpool abgefahrenen White-Star-Dampfers „Arabic“ sind die folgenden Warenartikel angeführt: 2272 ungeladene Geschosse, 2173 Kisten mit ungeladenen Geschossen, 497 Kisten Zünder, 4000 Kisten Patronen, 106 Automobile, 59 Aeroplane und Teile von solchen, 318 Canvaszelte, 3877 Kupferstangen, 1564 Kupferkathoden, 185 Ballen Baumwolle, 1088 Gummiradreifen, 337 Fässer Schmieröl, 60 Fässer Wachs, 914 Blöcke Guajakholz, 69 Blöcke Zedernholz, 1514 Säcke Mehl, 9769 Stahlstangen, 8477 Pakete Stahl, 15815 Matten Platinn, 6301 Mulden Blei, 2710 Nickelstäbe, 80 Fässer Nickelplatten, 141 Kisten Messingplatten, 699 Messingstäbe, 204 Rollen Drahtseile und 7935 verschiedene Artikel.“

Die „Arabic“, die wie ein Kriegsschiff angestrichen war, hatte zwölf amerikanische Schutzengel, die man, wie es heißt, umsonst fahren ließ, an Bord, die gleichmäßig auf Kajüte und Zwischendeck verteilt waren. Außerdem war das Heck des Schiffes mit Sandsäcken von oben bis unten verbarrikadiert, um gegen Torpedoangriffe geschützt zu sein. Nicht allein waren alle Ladungsräume vollgepropt, sondern Aeroplane und Lastautos waren hoch aufgestärmt und festgelaßt auf allen Decks, das Promenadendeck nicht ausgenommen. Sehn Autos mußten zurückbleiben, da kein Platz mehr für sie auf der „Arabic“ vorhanden war.

## Die Kämpfe im Orient.

### Menschenopfer an den Dardanellen.

Das türkische Hauptquartier berichtet vom 25. August: In der Dardanellenfront bei Anaforta am 23. August nichts von Bedeutung. Wir stellen jetzt die schweren Verluste fest, welche der Feind während der Schlacht am 21. August vor den Schützengräben unseres Zentrums erlitt. Auf der Front von kaum zwei Regimentern zählten wir über 3000 tote Feinde. Die von uns gemachte Beute ist noch nicht zu überschauen. Bei Ari Burnu versuchte der Feind am Abend des 22. August nach heutigem Gewehr-, Maschinengewehr- und Handgranatenerfeuer einen Angriff gegen Kaulisiert. Unsere Truppen vernichteten durch einen kräftigen Gegenangriff einen großen Teil des Feindes; dem übrigen Teil gelang es, zu entkommen. Am Vormittag des 23. August

machte der Feind einen ähnlichen Versuch bei Dschil Lep und Sungulair, doch floh er in seine Gräben zurück, nachdem er starke Verluste erlitten hatte. Bei Sedbul Bahr schossen auf dem rechten Flügel unsere Artilleristen einen feindlichen Fesselballon hernieder. Auf den übrigen Fronten keine Veränderungen.

### Die Stadt Enos in Flammen.

Nach einer Sofioter Meldung des 13. Sept. steht die türkische Stadt Enos an der Maritsa in Flammen. Im Verlauf der Aktion der Entente gegen die Darbanellen wurden wiederholt Angriffe gegen diesen für die Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien so wichtigen Hafenort gerichtet.

### Furcht vor Aufständen in Tunis.

Die italienische Besatzung von Chabames, vereint mit anderen Garnisonen des Tripolitanischen Hinterlandes, insgesamt eine Kolonne von 1600 Mann, wurde am Dienstag in Zargis, an der tunesischen Küste ermarret. Aus Besorgnis vor einem Übergreifen der Araberrevolten von Tripolitanien ergreifen die Franzosen in Tunisien umfassende Militärführungen.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Belagerungszustand für holländische Nordseeinseln.

„Telegraaf“ teilt mit, daß durch königliche Verordnung über das Wassergebiet zwischen den Inseln Fleeland, Texschelling, Ameland und Schiermonnikog der Belagerungszustand verhängt worden ist. Man beabsichtigt, die Zuidersee von Norden her abzuschließen.

### Rumänien entläßt die Reservisten und bleibt neutral.

Die „Nowoje Wremja“ berichtet aus autoritativer Quelle: Die Verhandlungen zwischen dem Bierverband und Rumänien, die dieser Lage unterfertigt werden sollten, führten infolge von Einwendungen, die Ministerpräsident Bratianu machte, zu keinem positiven Ergebnis. Die rumänische Regierung ist nach wie vor entschlossen, neutral zu bleiben. — Der Bukarester Korrespondent der „Nowoje Wremja“ meldet, daß die zu den Waffen einberufenen Reservisten, nachdem sie eine dreißigtägige Übung beendet haben, gruppenweise wieder entlassen werden.

### Die Baumwollfrage.

Die „Times“ meldet aus Washington: Der Staatssekretär des Schatzamtes erklärte sich bereit, wenn nötig, 30 Millionen Dollars zinsfrei als finanzielle Unterstützung für die Baumwollwerke bei den Banken der Südstaaten zu hinterlegen. Der Staatssekretär glaubt, daß keine Ursache zur Beunruhigung bestehe.

Die Erklärung der englischen Botschaft, daß Baumwollladungen für Neutrale nicht beschlagnahmt würden, wenn sie den Verbrauch des Landes, für das sie bestimmt seien, nicht übersteigen, trug zur Beruhigung der Baumwollexporteure bei. In der Erklärung wird gesagt, die Botschaft sei nicht ermächtigt, bestimmte Bürgschaften für bestimmte Schiffsfrachten zu geben, aber nach den völkerrechtlichen Bestimmungen über unbedingte Warenware sei zur Beurteilung der Beweis nötig, daß die Schiffsladung letzten Endes für den Feind bestimmt sei.

### Zigarettenmonopol der Zivilverwaltung in Rußisch-Polen.

Die angekündigte neue Zigarettenordnung für das Gebiet der Kaiserlich Deutschen Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel ist nunmehr erschienen. Danach ist die gewerksmäßige Herstellung von Zigaretten in dem erwähnten Gebiete verboten und nur die Anfertigung für den eigenen Gebrauch der Raucher gestattet. Ebenso ist die Einfuhr von Zigarettenmaschinen dorthin untersagt. Die Einfuhr steht allein der Zivilverwaltung zu, die die zur Versorgung Polens bestimmten Zigaretten von Zigarettenherstellern einkauft und an die Zigarettenhändler verkauft unter den von ihr vorgeschriebenen Bedingungen. Den An- und Verkauf der Zigaretten vermittelt das Zigarettenamt der Zivilverwaltung zu Posen, auf dessen Privatlager unter zollamtlichem Mitverschuß die Zigaretten vom Hersteller zu liefern sind. Die von der Zivilverwaltung eingeführten Zigaretten sind frei von Zoll und anderen Abgaben. Zum Zigarettenhandel in Polen ist die Genehmigung des Kreischefs, in Lodz des Polizeipräsidenten erforderlich. Das Zigarettenamt gibt Zigaretten nur an die zum Handel zugelassenen Händler ab. Mit Geldstrafe von 50 bis zu 10 000 Mk. ist bedroht, wer gewerksmäßig gegen das Verbot Zigaretten herstellt oder die Zivilverwaltung in ihrem Alleinrecht schädigt. (Monopolverletzung.) Die von der Zivilverwaltung bezogenen Zigaretten dürfen nur in geschlossenen Packungen und zu keinem höheren als dem auf der Packung angegebenen Kleinverkaufspreise verkauft werden. Die neue Zigarettenordnung tritt am 1. September in Kraft.

### Amerikas Antwort auf die österreichisch-ungarische Note.

WIS. Wien, 25. August. Die Amerikanische Regierung beantwortete die Note der Oesterreichisch-ungarischen Regierung, in welcher gegen die Ausfuhr von Waffen und Munition aus Amerika nach Großbritannien Einpruch erhoben wird, in einer längeren vom 16. August datierten Note. In der Note heißt es u. a.: Der Behauptung einer Verpflichtung, die Regeln des internationalen Herkommens mit Rücksicht auf spezielle Umstände zu ändern oder zu modifizieren, kann die Regierung der Vereinigten Staaten nicht beipflichten. Die Anerkennung einer derartigen, der internationalen Praxis der Vergangenheit unbekanntem Verpflichtung würde jeder neutralen Nation die Pflicht auferlegen, über den Verlauf des Krieges Gericht zu sitzen und ihren Handelsverkehr mit den Kriegführenden einzuschränken, dessen maritime Erfolge die Neutralen am Handel mit dem Feinde hinderte. Die Note spricht ferner davon, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland während des gegenwärtigen Krieges im vorhergehenden Jahre einen großen Uberschuß von Waffen und Munition erzeugten, den sie in der ganzen Welt und speziell an Kriegführende verkauften. Während dieses Zeitraumes hätte keines von beiden das jetzt von Oesterreich-Ungarn vertretene Prinzip angeregt oder angewendet. In dieser Hinsicht verweist die Note hauptsächlich auf den Burenkrieg, in dem sich die gegen England kämpfenden südafrikanischen Republiken bezüglich der Unterbindung der Zufuhr zur See in einer ganz ähnlichen Lage befanden, wie jetzt Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Dennoch sei von diesen Staaten Munition an England geliefert worden.

In der Note heißt es weiter: Im Hinblick auf die vorangegangenen Ausführungen möchte die Regierung nicht daran glauben, daß die R. und A. Regierung den Vereinigten Staaten Mangel an unparteiischer Neutralität zuschreiben will, wenn sie ihren legitimen Handel mit allen Arten von Materialien fortsetzen, welche gebraucht werden, um die Streitkräfte der Kriegführenden wirksam zu machen, wenn auch die Umstände des gegenwärtigen Krieges Oesterreich-Ungarn daran hindern, solche Materialien von den Märkten der Vereinigten Staaten zu beziehen, die, soweit die Aktion und die Politik dieser Regierung in Frage kommt, allen Kriegführenden in gleicher Weise offenstanden und offen bleiben werden.

Die Note sagt weiter: Es war niemals die Politik dieses Landes, in Friedenszeiten eine große militärische Macht oder Vorräte von Waffen und Munition, die zur Zurückweisung eines Einfalles eines gutausgerüsteten mächtigen Feindes genügen würden, zu halten. Folge dieser hergebrachten Politik würden die Vereinigten Staaten im Falle eines Angriffs einer fremden Macht zu Beginn des Krieges ernstlich, wenn nicht gar verhängnisvoll durch den Mangel an Waffen und Munition und durch den Mangel an Mitteln, solche in der für die Erfordernisse der nationalen Verteidigung hinreichenden Menge zu erzeugen, in Verlegenheit kommen. Die Vereinigten Staaten haben sich immer auf das Recht und die Möglichkeit, Waffen und Munition von neutralen Mächten im Falle eines fremden Angriffes zu kaufen, verlassen. Dieses Recht, welches sie für sich selbst in Anspruch nehmen, können sie nicht anderen abprechen. Die Nation, deren Prinzip und Politik es ist, sich hinsichtlich des Schutzes ihrer politischen und territorialen Integrität auf internationale Gerechtigkeit zu verlassen, könnte das Opfer einer aggressiven Nation werden, deren Politik und Praxis es ist, in Friedenszeiten ihre militärische Kraft mit Absicht auf die Eroberung zu stärken, wenn nicht die angegriffene Nation, nachdem der Krieg erklärt ist, sich auf die Weltmärkte zu begeben und Mittel zur Verteidigung gegen seinen Angreifer kaufen kann.

Die Note behauptet weiter: Die Annahme des Grundsatzes, nach welchem es die Pflicht eines neutralen Staates wäre, den Verkauf von Waffen und Munition an einen Kriegführenden Staat während eines Krieges zu untersagen, würde der Welt den Militarismus aufzwingen und dem Weltfrieden entgegenarbeiten.

Dann heißt es: Bei der vorangehenden Erörterung des praktischen Grundes, woraus sie für den Handel mit Munition eintreten und denselben betreiben, wünscht die Regierung der Vereinigten Staaten dahin verstanden zu werden, daß sie nicht in der Absicht dahingegen hat, ein Urteil über die Umstände des gegenwärtigen Krieges auszusprechen oder anzudeuten, sondern nur in voller Offenheit den Gedankengang darzulegen, welcher für die Richtung der Politik der Unionstaaten in diesem Belange maßgebend war.

Die Note schließt mit den Worten: Die Prinzipien des Völkerrechts, die Praxis der Nationen, die nationale Sicherheit der Unionstaaten und anderer Nationen ohne große militärische und maritime Einrichtungen, die Verhinderung der Vergrößerung der Armeen und Flotten, die Anwendung friedlicher Methoden zur Regelung internationaler Zwistigkeiten, endlich die Neutralität selbst stehen dem Verbot der Ausfuhr von Waffen, Munition und anderen Kriegsvorräten an die Kriegführenden Mächte seitens einer neutralen Nation während der Dauer des Krieges entgegen.

Die Note wird derzeit im R. und A. Ministerium des Aeußern einer eingehenden freundschaftlichen Prüfung unterzogen und dann beantwortet.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

### Das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien.

Der Budgetkommission des Reichstags lag in der Sitzung vom Mittwoch eine Resolution vor, in der die verbündeten Regierungen ersucht werden:

1. Dem Reichstage eine Denkschrift zu unterbreiten über die Erfahrungen mit dem Nachtarbeitsverbot im Bäckereigewerbe während des Krieges;
2. Das Nachtarbeitsverbot im Bäckereigewerbe in zweckentsprechender Form durch Bundesratsverordnung auch für die Friedenszeit bestehen zu lassen.

Nach einer zustimmenden Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück fand die Resolution einstimmig Annahme.

### Petroleum.

Die „Tägl. Rundschau“ berichtet, daß vom 1. September ab wieder Petroleum an Händler zum Weiterverkauf abgegeben werde. In der letzten Zeit sei das Petroleum zurückgehalten worden. Das Leuchtöl, das man bei den Händlern erhalten habe, stamme aus Vorräten, über die die Händler noch von früher her verfügten. Bei der Abgabe des frischen Petroleums werde man diejenigen Gegenden, in denen die Gas- und elektrische Beleuchtung noch nicht in weiterem Maße zur Einführung gelangt sind, reichlich bedenken als die anderen Gegenden, in denen Gaslicht und elektrisches Licht allort anzutreffen sind.

### Zur Ergänzung der Artikel 10 und 14 der Verordnung zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches

ist laut „Reichsanzeiger“ ministeriell verordnet worden: Der Justizminister kann die Zuständigkeit zur Erteilung der Befreiung von der Vorschrift, daß eine Frau nicht vor der Vollendung des 16. Lebensjahres eine Ehe eingehen darf, sowie von dem für die Annahme an Kindes Statt erforderlichen Alter (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1303, 1322, 1744, 1745) den Amtsgerichten übertragen.

### Höchstpreis für Spiritus.

Der Kriegsauschuß für Konsumenteninteressen hat die dringende Bitte an den Bundesrat gerichtet, rechtzeitig Höchstpreise für Spiritus, Karbid und etwaige andere Ersatzmittel für Petroleum festzusetzen.

### Wiederbesetzung von Beamtenstellen.

Das Reichspostamt hat die Regelung getroffen, daß die etatmäßigen Stellen verminderter Beamten und Unterbeamten erst dann neu besetzt werden, wenn der Tod amtlich festgestellt ist oder wenn während eines Jahres nach dem Vermitteln werden keinerlei Nachricht von dem Verschollenen eingegangen ist.

## Ministerielle Verfügung gegen den Lebensmittelwucher.

Die zuständigen preussischen Minister für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern haben auf Grund der Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preissteigerungen vom 23. Juli dieses Jahres das Recht der Enteignung und Uebertragung des Eigentums auf eine andere Person nicht den Gemeinden, sondern den Regierungspräsidenten, im Landespolizeibezirk Berlin dem Polizeipräsidenten übertragen. Die Ausführungsanweisung der preussischen Minister liegt jetzt im Wortlaut vor. Es heißt darin: Für das im § 1 der Bundesratsverordnung vorgesehene Verfahren der Uebertragung des Eigentums an Gegenständen des täglichen Bedarfs ist neben der Landeszentralbehörde der Regierungspräsident, im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident zuständig. Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne der §§ 2 und 3 der Verordnung (für die Festsetzung von Preisen und die Schlichtung von Streitigkeiten aus der Enteignung) ist der Regierungspräsident, im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident. Die Möglichkeit der Uebertragung des Eigentums soll übermäßigen Preissteigerungen bei Gegenständen des täglichen Bedarfs und der Neigung entgegenwirken, solche Gegenstände in der Erwartung ungewöhnlicher Preissteigerungen einseitig dem Verkehr vorzuenthalten. Es liegt im allgemeinen Interesse, wenn das Enteignungsverfahren gegebenenfalls rücksichtslos angewendet wird. Die Bekanntmachung über Borraterhebungen vom 2. Februar 1915 bietet die Möglichkeit, Ausschluß darüber zu gewinnen, ob ein im Verkehr auftretender Mangel an Gegenständen des täglichen Bedarfs durch eine spekulative Zurückhaltung verursacht ist.

Bei der Beurteilung der Frage, ob Gegenstände des täglichen Bedarfs über Gebühr zurückgehalten worden sind, wird häufig die Person des Eigentümers von Bedeutung sein. Sind die Gegenstände von dem Eigentümer in Ausübung seines Berufs zur Veräußerung erzeugt oder erworben, so werden die Voraussetzungen für die Enteignung insoweit nicht gegeben sein, als die Vorräte die Mengen nicht übersteigen, die im regelmäßigen Wirtschafts- und Geschäftsbetriebe zur allmählichen Versorgung des Marktes erforderlich sind und erst nach und nach abgegeben zu werden pflegen. Diese Gesichtspunkte können im allgemeinen nicht in Betracht, wenn sich die Gegenstände, namentlich in größeren Mengen, in der Hand von Personen befinden, die sich vor Ausbruch des Krieges nicht mit ihrem Vertriebe befaßt haben. Der Zurückhaltung der Gegenstände ist es gleich zu achten, wenn sie den Verbrauchern und dem Handel nur zum Scheine oder zu übermäßigen Preisen oder unter Bedingungen angeboten werden, die das Angebot als nicht ernst gemeint erkennen lassen.

Der mit der Verordnung verfolgte Zweck verlangt, daß die zu enteignenden Gegenstände sobald wie möglich dem Verbrauch zugeführt werden. In der Regel werden daher die Gemeinden orlaufsansässige Händler oder Konsumvereine, die bereit sind, den Mangel der Gegenstände zu beseitigen, als Erwerber in Frage kommen. Ihnen ist die Verpflichtung aufzuerlegen, die Gegenstände unverzüglich zu einem von der enteignenden Behörde zu bestimmenden oder zu genehmigenden Preise an das Publikum abzugeben. Zur Einleitung des Verfahrens der Uebertragung des Eigentums ist ein Antrag nicht erforderlich. Die örtlichen Verwaltungsbehörden haben, sobald ihnen ein Fall bekannt wird, in dem die gefestigten Voraussetzungen für die Enteignung gegeben sind, unverzüglich, nötigenfalls telegraphisch, die höhere Verwaltungsbehörde zu benachrichtigen und dabei möglichst eine Person zu bezeichnen, die bereit ist, die enteignenden Gegenstände zum Verkauf zu übernehmen. Vor dem Erlaß der Anordnung, durch die das Eigentum übertragen wird, ist der Besitzer der Gegenstände zu hören, falls ihn nicht bereits bei den Erhebungen über die Zulässigkeit der Enteignung Gelegenheit zur Äußerung gegeben ist.

Der Uebernahmepreis ist, falls nicht etwa ein niedrigerer Höchstpreis besteht, in der Regel in Höhe des Einkaufspreises, bei selbsthergezeugten Gegenständen in Höhe der Herstellungskosten festzusetzen. Sind die Gegenstände zu diesem Preise nicht verwendbar, so ist der Uebernahmepreis entsprechend niedriger festzusetzen. Dies gilt nicht für die nach dem 23. Juli 1915 aus dem Ausland eingeführten Gegenstände. Auf die Anhörung von Sachverständigen kann im Einverständnis mit dem bisherigen Besitzer der Gegenstände verzichtet werden. Die Fälligkeit des Uebernahmepreises ist bei der Festsetzung zu bestimmen. Kann der Uebernahmepreis nach Lage der Verhältnisse nicht sofort ermittelt werden, so ist eine angemessene, sofort fällige Abschlagszahlung festzusetzen. Die Uebertragung des Eigentums und die Zuführung der enteigneten Gegenstände an den Verbrauch dürfen dadurch nicht aufgehalten werden, daß die Festsetzung des Uebernahmepreises nicht sofort erfolgen kann. Die haren Auslagen des Verfahrens, insbesondere die den Sachverständigen zu gewährenden Vergütung, sind in der Regel dem bisherigen Eigentümer der Gegenstände aufzuerlegen; sie können bei der Festsetzung des Uebernahmepreises berücksichtigt werden. Gebühren werden nicht erhoben.

## Mus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 26. August.

Das Speiseöl wird immer teurer. Jede Hausfrau weiß, wie rapid der Preis für Speiseöl in die Höhe geht. Weder der Produzent noch sonst jemand will Urheber dieser Teuerung sein. Mangel an Rohstoffen wird vorgeschützt, wie wenn die Quantität sich vermehrte, wenn der Preis sich ins Ungemessene steigert. Wo die Urheber der Teuerung sitzen, wird allgemein bekannt. Es sind die Spekulanten, die dem Volke den Beutel leeren, und wer aus Spekulationsgeschäften Vorteile zieht, das wollen wir untenstehend an einem von den vielen Fällen zeigen. Den genannten Zahlen wolle man die allergrößte Beachtung schenken. Der Verein Deutscher Desinfizanten Mannheim erzielte für 1914/15 einen Fabrikationsgewinn von 3 236 321 Mk. (im Vorjahre 2 294 485 Mk.), wozu 231 536 Mk. (181 482 Mk.) Gewinnvortrag und diesmal auch 34 321 Mk. Zinseneinnahme abzüglich der Ausgaben für Obligations-, Kontoforrent- und Wechselzinsen, Bankprovisionen, Wechselstempel und dergleichen treten, während im Vorjahre außer den Einnahmen für diese Zwecke noch 265 238 Mark an Zinsen aufzuwenden waren. Die Generaluntkosten haben sich vermindert; sie erforderten 379 323 Mk. (430 225 Mk.) und Verlust auf Ausfälle 13 755 Mk. (21 862 Mk.), so daß ein Bruttogewinn von 3 099 099 Mk. (2 388 643 Mk.) bzw. nach 571 925 Mk. (542 948 Mk.) Abschreibungen ein Reingewinn von 2 527 174 Mk. (1 845 695 Mk.) ergibt. Daraus werden 12 Prozent (5 Prozent) Dividende verteilt, was 1 650 000 Mk. (600 000 Mk.) erfordert, da diesmal 14 Millionen Mark Aktienkapital gegen 12 Millionen Mark im Vorjahre daran teilnehmen, den außerordentlichen Rücklagen werden 115 261 Mk. (43 210 Mk.) zugeführt, für Talonsteuer 19 000 Mk. (48 000 für Talon- und Wechselsteuer) und 20 000 Mk. (wie im Vorjahre) für Unterstützungszwecke zurückgestellt. Die Satzungs- und vertragmäßigen Gewinneanteile 33 000 Mk. (418 424 Mk. (77 947 Mk.)), Vergütungen an Beamte 28 000 Mk. (25 000 Mk.) und vorgetragen werden 251 468 Mark (231 536 Mk.). Die im vorigen Jahre auf Spezial-Reservekonto zurückgestellte Summe von 800 000 Mk. für durch den Krieg etwa entfallende Ausfälle ist auf die neue Rechnung unter dem Namen Kriegsreservekonto zur Verfügung des Aufsichtsrats vorgetragen worden, da schwebende Geschäfte noch nicht abgewickelt sind. Der Buchwert der Fabriken wird in der Bilanz mit 10,93 (im Vorjahre mit 10,96) Millionen Mark aufgeführt, die Vorräte mit 7,75 (23,27) Millionen Mark, wozu bemerkt wird, daß die Bewertung der Aktien und Vorräte so vorgenommen worden ist, daß die in früheren Jahren angesammelte stille Reservereserve voll erhalten bleibt. Eine Aktie des Vereins (im Vorjahre 1,50 Mk. Mark) besteht nicht mehr. Die Obligationsschuld beträgt 1,98 (2,6) Millionen Mark. Dieser Geschäftsabluß ist glänzend; die Konsumenten haben es gespürt, wie er zustande kam.

Zulässige Besetzung in einer Tischlerei und der Anspruch aus der Abonnementversicherung. Am 16. Juni 1914 hatte sich der beim Verlag der „Samburger Neuesten Nachrichten“ gegen Unfall



## Kriegsbriefe.

### Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz. Kowno erstickt!

Kowno, 17. August.

Ueber die von den Russen völlig zerstörte, von den Deutschen schnell reparierte schwimmende Brücke, wandere ich in den nördlichen Teil der Stadt hinein. Im südlichen Teil wird noch gekämpft, die Maschinengewehre lassen ihr unheimliches Geknatter hören. Sämtliche lebende Brücken haben die Russen verbrannt, die Eisenbahnbrücke gesprengt. In mehreren Stellen brennt es in der Stadt, auch das Fabrikviertel, in dem u. a. die Anlagen der Firma Tillmann-Remscheid stehen, geht in Flammen auf. In der Stadt sind nur wenige Menschen zurückgeblieben, Polen und Russen, die Juden scheint der Erdboden verschlungen zu haben. Eine Reihe von Häusern zeigt Spuren der Kämpfe, in einigen Straßenzügen sieht man kaum eine einzige unzerbrochene Fensterscheibe. Das hohe düstere Denkmal auf dem Marktplatz und die umliegenden Kirchen sind nur wenig beschädigt. Der fast verödete Stadtteil macht im Abenddunkel den Eindruck eines Friedhofs. Nun wird es plötzlich etwas lebendig und laut: mehrere Regimenter marschieren durch die Straßen; der Kampf tobt weiter, es gibt keinen Stillstand. Die russischen Geschütze in den Ostforts sind bereits zum Schweigen gebracht worden. Wieder muß die Infanterie zu schwerem heißen Sturm vor. . . .

Die Erstürmung Kownos ist sicherlich ein Ereignis von weittragender Bedeutung, ein Ereignis, das uns dem Frieden hoffentlich noch einen tüchtigen Sprung näher bringt. Daß Kowno so schnell, wenn überhaupt, fallen würde, das haben die Russen jedenfalls nicht erwartet, andernfalls hätten sie den Deutschen wohl kaum die vorgefundene Miesbeute in die Hände fallen lassen. Nach der Angabe eines Stabschefs waren heute nachmittags bereits 250 Geschütze gezählt worden, die teils in den Forts, teils im innern Befestigungskern der Stadt, teils auf der Bahn zum Abtransport bereit, von den Russen zurückgelassen worden sind. Kowno ist nicht wie Warschau von den Russen sozusagen kampflös geräumt worden, man hat Kowno nicht in einem überrumpelnden Vorstoß, sondern in einem tagelang andauernden blutigen Sturm, einem mit Verzweiflung sich wehrenden Gegner abgetrotzt. Große Truppenverbände schoben sich mit zäher Energie gegen weit überlegene in meisterhaft ausgebauten Stellungen verschanzte Truppenmassen vor. Ueberlegene Taktik, Ausbildung und Entschlossenheit brachten den Angreifenden Erfolg. Leicht ist er nicht geworden, an einzelnen Stellen wurde mit Handgranaten und dem Bajonet um die Gräben gekämpft.

Von Godlewo bis Kowno das ganze Gebiet ein wüstes grauenhaftes Schlachtfeld, ein kilometerlange Befestigung: Schützengräben, Stacheldrahtverhaue, Bastionen, Minen und wieder Gräben und wieder Verhaue usw., auf jeder Höhe, hinter jedem Hügel Befestigungen, von welchen aus der Angreifer von vorne und auf beiden Flanken unter Feuer genommen werden konnte. Die beiden nach Godlewo führenden Straßen hatten die Russen kurz vor dem Ort auf ungefähr 1/2 Kilometer unterminiert. Glücklicherweise ließen sie das Dynamit wirken, als kein Mensch und kein Tier auf der Strecke waren. Andernfalls wären von ihnen nur Felsen übrig geblieben. Kein Quadratmeter auf der ganzen angegebenen Länge ist von der Straßenbefestigung erhalten geblieben; ein metertiefes Loch reiht sich an das andere. Godlewo ist ein Trümmerhaufen, von den Kirchen sind die Türme glatt heruntergeschossen. In den Gräben zwischen Godlewo und Kowno liegen noch massenhaft tote Russen. Wild durcheinander bedecken Gewehre, Ausrüstungsgegenstände, Kleidungsstücke, Lebensmittel usw. das

weite Feld. Ich fahre zum Fort II. Von den Befestigungen sind Bäume und Gebüsche niedergelegt, so daß die Angreifer sich in dem Geäst und Gezwänge festsetzen müssen. In der Nähe des Forts haben Granaten Hunderte von alten dicken Bäumen im Stamm durchschlagen oder mit den Wurzeln aus dem Boden ausgehoben. Das mächtige Fort sieht aus, wie von einem Erdbeben durcheinandergeworfen und zusammengeklüffelt. Granaten haben eine zirka 1 Meter dicke Erdschicht und dann noch ein über 1 Meter dickes Gewölbe durchschlagen, an anderen Stellen das 2 Meter dicke Mauerwerk durchbrochen. Im Fort selbst und in den hinterliegenden Wall haben Dutzende von Granaten Löcher eingehohrt, die aussehnen wie aufgeworfene Krater. Den inneren befestigten Wall vor der Stadt scheinen die Russen weniger hartnäckig verteidigt zu haben. Man sieht hier weniger Spuren erbitterter Kämpfe. Spät am Abend gehe ich noch einmal in die Stadt. Der Verteidiger hat seinen Widerstand aufgegeben. Die in den Glutstein der Brände getauchte Stadt ist vollständig in der Hand der Deutschen. Dümell, Kriegsberichterstatter.

## Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 25. August.

18. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.  
Am Bundesratstisch: Delbrück, Visco, Helfferich.  
Die Diskussion über die Fragen der Volksernährung wird fortgesetzt.

Abg. Fegter (Sp.) brandmarkt den Lebensmittelwucher als unmoralisch und charakterlos und betont mit Nachdruck, daß die Landwirte im allgemeinen keinen Grund zur Klage haben; ihr andauerndes Klagen muß die Anschauung fälschen von der Unerschöpflichkeit der Produzenten und der rücksichtslosen Ausbeutung der Konsumenten. Wirklich traurig geht es den kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden (Zustimmung b. d. Sp.). Der Redner klagt dann lebhaft über den geradezu unerträglichen Mißbrauch, jener Geschädigte sollte das Recht erhalten, das Wild einfach abzuschließen.

Abg. Hester mann (W. Bgg.): Die Vorwürfe gegen die Landwirtschaft sind unberechtigt, wenn wir die Landwirtschaft nicht hätten, wären wir rettungslos verloren. (Lebh. Zustimmung rechts.) Die Landwirte haben dem Vaterland gegenüber voll ihre Pflicht getan. (Bravo rechts.)

Damit schließt die Debatte über die Ernährungsfrage. Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Fehr v. Camp (Rp.), Fegter (Sp.) und Gotthein (Sp.) wird die sozialdemokratische Resolution betreffend die Zusammenfassung und Befugnis der Zentralstelle für Lebensmittelversorgung angenommen. Dadurch ist die gleiche Materie behandelnde Resolution der Budgetkommission erledigt. Im übrigen werden die Resolutionen der Kommission unter Ablehnung der sozialdemokratischen Gegenanträge angenommen.

Die Resolution betreffend Teuerungszulagen für Reichsbeamte und Arbeiter und betreffend Erhöhung der Unterstützungen der Kriegsfamilien werden von der Tagesordnung abgelehnt. Es folgt die Debatte über die Resolutionen über den Schutz selbständiger Handwerker und über die Erleichterung der Abtragung der während des Krieges gemachten Schulden der Kriegsteilnehmer.

Nach Befürwortung durch den Abg. Dr. Böttger (Natf.) werden auch diese Resolutionen angenommen. Zu der Resolution betreffend Erlaß einer Verordnung über das Güterverfahren in Rechtsstreitigkeiten erklärt Staatssekretär Dr. Visco, daß Erwägungen in der Richtung der Resolution schieben. Auf eine weitere Anfrage des Abg. Gotthein bemerkt er, daß er die Ermission von Familien ländlicher Arbeiter, deren Ernährer im Felde steht und deren Vertrag abgelaufen ist, für unzulässig halte.

Die Resolution wird angenommen, ebenso eine Resolution betreffend Wiedereinführung der Sonntagsruhe im Zeitungsgewerbe für das ganze Reich. Es folgt der mündliche Bericht der Kommission, über die Lage der Kalkindustrie.

Abg. Herold (Ztr.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission über die Notlage der Kalkindustrie zufolge des Kalkausfuhrverbotes.

Abg. Sackse (Soz.): Ursprünglich beantragten wir die Kalkabgabe für diejenigen Werke aufzuheben, welche nachweisen, daß sie 75 % des dadurch ersparten Betrages zu Lohnerhöhungen aufwenden wollen. Nachdem wir diesen Antrag zurückgingen, haben wir wenigstens einen Zusatzantrag für notwendig gehalten, dahingehend, daß eine der ersparten Abgabe entsprechende Lohnerhöhung eingeführt werden soll; im Streitfalle sollte die Kalkverteilungstelle die Entscheidung treffen. Leider ist auch dieser Antrag abgelehnt worden. Wir haben uns in der Kommission gegen eine Preiserhöhung für Kalk ausgesprochen, weil wir die Aufhebung der Kalkabgabe schon für ein ziemliche Hilfe ansehen und weil die Landwirte auch eine sehr geringe Erhöhung der Preise für Düngemittel benutzen würden, um die Preise ihrer Produkte, die Preise der Lebensmittel weiter zu steigern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gewiß befindet sich die Kalkindustrie in einer schwierigen Lage, in einer noch schwierigeren aber die Arbeiter; es gibt Kalkwerke, die die Löhne nicht nur nicht erhöht haben, sondern die sogar geringere Löhne zahlen wie vor dem Kriege. In der Kommission hat der Unterstaatssekretär Richter und ebenso der Handelsminister Sydow fest zugesichert, wenn die Preiserhöhung und die Aufhebung der Kalkabgabe Gesetz wird, ihr Möglichstes zu tun, um eine Lohnregelung eintreten zu lassen, für die fiskalischen Werke ist es aufs Bestimmteste zugesagt. Deshalb haben wir vorläufig auf weitere Anträge verzichtet. Einige Kalkwerke haben angeblich infolge ihrer schlechten Lage den Familien ihrer eingezogenen Arbeiter die anfänglich gezahlte Unterstützung wieder entzogen. Unsommer wäre es nötig, den Kalkwerken die Verpflichtung aufzuerlegen, bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes eine entsprechende Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Kommt eine gerechte Regelung nicht zustande, so werden wir nicht ruhen, bis sie erreicht ist. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Gotthein (Ztr., Wpt.) hält es für selbstverständlich, daß die Kalkindustriellen, wenn die Preise erhöht werden, ihren Arbeitern auch Teuerungszulagen geben, aber es sei nicht angängig, dies in das Gesetz hineinzuschreiben.

Abg. v. Brodhausen (Konf.) spricht sich trotz der neuen Opfer, die der Landwirtschaft dadurch auferlegt werden, für den Kommissionsantrag aus.

Hierauf wird der Antrag der Kommission in Verbindung mit einem Antrage Erzberger — Gotthein angenommen, durch den der Ablaufstermin für die Kontingentierung des Kalksindikats bis 1917 hinausgeschoben wird. (Der Antrag bezweckt eine Aufhebung der Kalkabgabe und eine Erhöhung des Preises.)

Es folgt die Beratung über die Einführung von Kohlenzwangsindekaten. Debattelos werden zwei Resolutionen der Kommission angenommen, deren eine die Regelung des Kartell- und Syndikatswesens für Reichslande erklärt mit der Einschränkung, daß erst nach dem Kriege eine geeignete Organisation beim Reichsamt des Innern geschaffen werde, deren andere wünscht, daß zu den Beratungen über die Neuorganisation des Zwangskohlenindikats auch Vertreter der Bergarbeiter hinzugezogen werden.

Es folgt die Beratung über die

### Kriegsbesoldungsverordnung.

Abg. Stücken (Soz.): Die Kriegsbesoldungsverordnung ist dem Reichstage nicht zugänglich gemacht worden. Man sagt, daß die Befehlsbefugnisse der Befehlshaber im Kriegsfall von der Kommandogewalt des Kaisers getrennt werden. Diese Auffassung ist falsch, die Kommandogewalt des Kaisers ist begrenzt und keineswegs hat der Kaiser das Recht, über die vom Reichstage bewilligten Mittel nach eigenem Ermessen zu verfügen (Sehr richtig!), namentlich soweit die Bezüge der Offiziere und Mannschaften in Betracht kommen. Wir haben eine ganz bestimmte Befehlsbefugnisse und diese kann man im Falle eines Krieges nicht einfach außer Kraft setzen und dafür Sätze einsehen, die dem Reichstag gar nicht bekannt sind und über die er nicht zu bestimmen hat. Das würde nichts anderes bedeuten, als eine völlige Ausschaltung des Reichstages. (Lebh. Sehr richtig! links.) Die Kommission war einig, daß das nicht geht. Man wußte bei Kriegsausbruch wohl, daß eine Kriegsbesoldungsverordnung existiert, man kannte aber ihren Inhalt nicht. Man kann keineswegs sagen, es war keine Zeit, sie dem Reichstage bekannt zu geben und von ihm prüfen zu lassen, denn sie stammt vom 29. Dezember 1887. (Lebh. Hört, hört!) Die Kriegsbesoldungsverordnung konnte also und mußte dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Freilich wußte man, daß sie existiert, aber kein Mensch dachte doch an einen Krieg. Sonst hätte man darauf bestanden, daß alle Verordnungen, die auf den Krieg Bezug haben, auch vorgelegt würden. Bei Kriegsausbruch haben einige Mitglieder versucht, diese Besoldungsverordnung zu bekommen, es war ihnen aber unmöglich. (Hört, hört!) In der Bibliothek war sie nicht vorhanden, an anderen Stellen sagte man, ihr Inhalt ist geheim.

## Friedemann Bach.

Roman von U. G. Brachvogel.

43. Fortsetzung.

Wenige von den vertrautesten Freunden Friedemanns hatten bestimmte Nachrichten von ihm und seinem Unglück. Fast niemand wagte es, sich der Rache Brühls auszusetzen und nach dem Lebenden zu fragen, außer dem biederen Stadtsyndikus Weinslich und Frau von Schemberg. Letztere namentlich besuchte ihn wöchentlich mehrere Male und erschöpfte sich in Liebesbeweisen für den Unglücklichen aus um so größerem Pflichtgefühl, als sie auf ihn, wenn auch ohne großes Glück, doch den meisten Einspruch geübt hatte und außer Doles seine einzige Vertraute gewesen war. Frau von Schemberg war eine jener resoluten, geistreichen und charaktervollen Frauen, die, ohne Frömmelerei und Sentiment, eine strenge, stolze Sittlichkeit besaß und im Gefühl ihrer weiblichen Würde die Störrigkeit fand, mit einem Manne, wie Friedemann, zu verkehren, ohne Anlaß zur Zweideutigkeit zu geben.

Die Liebe zu ihrem Manne, ihren Kindern war der höchste Schatz ihres Lebens, und da ihr Geist und Gemüt ihr Auge und Ohr offen für jedes Schöne war, hatte sie sich bei Friedemann zuerst mit aller Wärme für den Künstler, dann für den Menschen interessiert.

Sie war somit eine der Wenigen gewesen, die von seinem Unglück erschüttert wurden, und die heimliche Verachtung, die ihr gerades Wesen gegen Brühls Rakennatur empfand, das Rechtsgefühl, das in dem Minister den selbstfüchtigen Unterdrücker, in Friedemann den schuldlosen Lebenden sah, impfte ihr gegen Brühl den tiefsten Haß ein, ja, sie betrachtete es mit ihrem Manne als eine ihrer Lebensaufgaben, den armen Freund zu rächen und wie sie sagte: „die größte Kanaille, die je einen Thron umwedelt, mit einem Tritt in die alte Dunkelheit zurückzuführen.“

Sie ging hierbei systematisch zu Werke — wie sie meinte, doch sei es, daß die erste Nachricht über Friedemann sie so aufs höchste alteriert, daß sie sich gegen fremde Personen zu unerschöpflich ausgesprochen, Brühl bekam Wind davon und erfuhr, daß Friedemann bei Merperger stehe.

Die Anwesenheit seines Opfers in Dresden sahien ihm bezaubernd, sowohl für seinen Ruf, als seine Gemahlin. Besonders aber war es der tiefe Haß, den er gegen Friedemann empfand, der ihm einlag, den ohnedies Elenden noch mehr zu quälen. Daher erschien eines Tages Saul in Merpergers Haus und verlangte den Prediger zu sprechen. — Er ward in dessen Studierzimmer gewiesen, wo ihn der alte Theologe empfing.

„Kennen Sie mich, mein Herr?“

„Habe nicht das Vergnügen“, erwiderte der Prediger.

„Ich bin der Ministerial-Direktor Saul.“

„Ah! besondere Ehre! Was wünschen der Herr Ministerial-Direktor Saul denn?“

„Ich habe Ihnen von höherer Stelle mitzuteilen, daß es im höchsten Grade bedröht und fernherhin unstatthaft erscheint, daß Sie als Religionslehrer einen Taugenichts und bereits bestrafte Menschen, den Friedemann Bach, in Ihr Haus aufgenommen haben. — Um Sie vor höchst unangenehmen Folgen zu sichern, die bei längerem Verweilen dieses Subjektes in Ihrem Hause für Sie notwendig entstehen müssen, rate ich Ihnen, denselben sofort zu entfernen.“

„Mein Herr Saul!“ und Merperger trat dicht vor den Agenten des Ministers. „Ich begreife die Ursache nicht, die mich Ihrer nie erbetenen Sorgfalt und Warnung teilhaftig macht. Ich begreife aber, daß die Anwesenheit dieses armen, kranken Menschen in meinem Hause gewisse vornehme Personen beunruhigt, die sich in ihrem Gewissen sehr wohl der schlechten und unmenschlichen Tat bewußt sind, die sie an diesem Armen begangen haben. Das Ansehen, das Sie mir stellen, und das mir ein Selbstbekenntnis dieser schanden Tat zu sein scheint, wisse ich als Diener der göttlichen Barmherzigkeit und Liebe zurück. Sagen Sie denen, so Sie gesendet haben, daß ich der weltlichen Gewalt nur als Beamter des Staates untergeordnet bin. In der Ausübung meiner geistlichen Pflicht und Barmherzigkeit aber, als Diener Gottes, hat mir niemand etwas zu sagen. Ich werde den kranken Friedemann Bach so lange in meinem Hause behalten, als ich und der Arzt es für Menschenpflicht halten. Wenn er gesund ist, soll er zu den Seinen zurückkehren. Bis dahin aber warne ich jeden, bei der Heiligkeit meines Amtes als Priester, dieses Haus mit Unfug zu betreten, die dem Friedemann Bach feindselig sind, sonst werde ich an ihm, er lei, wer er wolle, ein öffentliches Beispiel statuieren und ihn öffentlich zur Rechenhaftigkeit ziehen über die Schandtat, die er sich gegen Gott und Vaterland, gegen Fürst und Volk zu schulden kommen ließ, unbeirrt, ob man mich entsetzt und vertreibt. Es gibt überall auf der weiten Welt Herzen, in die meine Worte der Barmherzigkeit und Liebe fallen und Segen stiften werden. Sagen Sie das nur denen, die Sie geschickt haben!“

Saul entfernte sich, verdußt, daß es noch freie Herzen gäbe, die irdischen Schreckmittel gewachsen sind.

In demselben Tage erschien er aber noch einmal und verzichtete Merperger mit widerlicher Freundlichkeit, daß es so ernst damit ja nicht gemeint gewesen sei, daß gewisse unangenehme und bedauerliche Vorfälle aber in die Öffentlichkeit drängen und schief beurteilt würden.

„Durch meinen Mund bringt nichts in die Öffentlichkeit, Herr Saul, so lange ich es irgend vermeiden kann. Wenn auch nicht aus Menschenfurcht, schweige ich doch um des armen Opfers selbst willen. Darüber kann man sich beruhigen. Wie wenig

bei gewissen Dingen auch mit der Neue getan ist, so überlasse ich dieselben doch ihrem eigenen Gewissen; vergessen Sie aber nicht, nur unter der Bedingung, daß man mich nicht in Ausübung meiner Liebespflicht hindert. Ergebener Diener, Herr Saul.“

Brühl war eingeschüchtert. Friedemann blieb fortan ungestört im Predigerhause.

Es war ein eigentümliches Band, das diese vier Menschen umflocht. Ein Band inniger Zuneigung, die mit Wehmut, heißer Liebe, die mit Opfermut gepaart war.

Merperger konnte von Brühl des Schlimmsten gewärtig sein und obwo? er von der ganzen Unterredung mit Saul zu seiner Tochter schwieg, hatte er für den Fall der Not seinen äußersten Entschluß gefaßt.

Doles, der seine Zeit zwischen der Pflicht des Interimsdienstes und der Ueberwachung des Freundes teilte, war der entschieden Glückliche von allen. Eine Art Genugtuung erfüllte ihn, daß er am Freunde, der ihm im Unglück Beigepungen, am alten Bach, der ihn gekränkt, die ganze Fülle seiner Großmut beweisen konnte. Wenn er dadurch seiner Eitelkeit auch schmeichelte, war doch das Maß der Liebe zu Friedemann so groß und schön, daß sich Doles oft selbst Vorwürfe machte und innerlich abkanzelte, wenn er sich auf einer Schwäche ertappte. Was seine Freundschaft für Friedemann aber ganz besonders dardart, war, daß er fühlte, wie sehr er Ulrike zu lieben begann und dennoch eifersüchtig und streng über sein: Gefühle wachte, damit die schöne Harmonie unter ihnen auch nicht durch den leisesten Hauch von Selbstsucht getrübt werde.

Weder Ulrike noch Friedemann ahnten das Geringste von dem, was in ihm vorging.

Es war an einem Sommersonntage. Merperger und Doles waren in der Kirche, Friedemann und Ulrike allein. Er hatte diese Nacht gut geschlafen und mehrere Tage keinen eigentlichen Anfall gehabt. Der warme Sonnenschein drang durchs offene Fenster zu ihm herein, er blickte hinaus in den prangenden Garten und leise tönten verlorene Klänge der Orgel zu ihm herüber. Heute hatte er noch kein Wort gesprochen und seine Seele schien in sich gar sehr beschäftigt. — Ulrike saß am andern Fenster und nähte, die Stille war ihr peinlich. Sie sah ihn mehrmals schmertzlich an und bemerkte, wie ihm eben Tränen über die Wangen liefen. Besorgt legte sie die Arbeit fort, trat zu ihm und sagte seine Hand.

„Kommen Sie vom Fenster, lieber Friedemann, die Orgel greift Sie an. — Mäubern Sie lieber ein wenig, das leidet Sie ab.“

Friedemann wendete sich zu ihr. Durch sein Gesicht zuckte es hin und wieder.

(Fortsetzung folgt.)

